



Der Bremer Rat für Integration und die Friedrich-Ebert-Stiftung laden ein zum Diskussionsforum

Einigkeit – Recht – Freiheit

Die Rollen von Polizei und Recht für das gelingende Zusammenleben in Bremen

am Donnerstag, den 11. März 2021, 18 Uhr, online

Die vergangenen Jahre waren von vielen Herausforderungen und Debatten über ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt geprägt. Hierbei hat immer wieder die Polizei eine Rolle gespielt. Berichte über Rassismus oder rechtsextreme Gesprächsgruppen oder auch die Anwendung des umstrittenen Racial Profiling haben öffentliche Debatten ausgelöst – auch in Bremen.

Die Bremische Bürgerschaft hat auf diese Entwicklungen reagiert und am 19.11.2020 ein neues Polizeigesetz beschlossen. Das neue Gesetz bringt einige Neuerungen mit sich, die im Kontext des Diskriminierungsschutzes eine wichtige Rolle spielen sollen. Beispielsweise schafft das neue Polizeigesetz die sogenannten „Gefahrenorte“ ab. Demnach darf die Polizei nicht mehr an „besonderen Kontrollorten“ verdachtsunabhängige Kontrolle durchführen. Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass die Polizei künftig nach einer Kontrolle auf das Verlangen der betroffenen Person eine Quittung ausstellen soll, was eine nachträgliche Überprüfung ermöglicht. Schließlich schreibt das Gesetz die Schaffung einer Ombudsstelle vor, die unabhängig vom Polizeiapparat geschaffen werden und als unabhängige Anlaufstelle für Beschwerden bei diskriminierenden und als unrechtmäßig eingeschätzten Handlungen der Polizei funktionieren.

Da für ein vielfältiges demokratisches Miteinander eine diskriminierungsarme Polizeiarbeit eine wichtige Rolle zukommt, widmen wir uns in der zweiten Veranstaltung unserer Veranstaltungsreihe „Einigkeit – Recht – Freiheit“ dem neuen bremischen Polizeigesetz. Damit möchten wir einerseits über das Potenzial der gesetzlichen Veränderungen bei einer diskriminierungsärmeren Gestaltung der Polizeiarbeit diskutieren und andererseits darüber nachdenken, welche rechtlichen Möglichkeiten das gelingende Zusammenleben in Bremen und in Deutschland stärken.

Das Programm:

18:00 Uhr

Begrüßung

Dietmar Molthagen, Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

18:05 Uhr

Polizei in der Einwanderungsgesellschaft: Trägt das neue Bremische Polizeigesetz zu einer diskriminierungsfreien Polizeiarbeit bei?

Diskussion mit:

Blaise Francis El Mourabit, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Menschenrechte

Samiah El Samadoni, Beauftragte für die Landespolizei und Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Thomas Müller, AG Antidiskriminierung beim Bremer Rat für Integration

Andrea Wittrock, leitende Kriminaldirektorin und Leiterin der zentralen Polizeidirektion Bremen

Moderation:

Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung



ca. 18:50 Uhr Diskussion mit dem Publikum

19:30 Uhr Ende der Veranstaltung

ANMELDUNG

Organisatorischer Hinweis:

- [Weitere Informationen finden Sie online hier.](#)
- Die Veranstaltung wird online auf der Plattform Zoom durchgeführt ([Hinweise zum Datenschutz](#)).
- Eine Anmeldung ist erforderlich, damit wir Ihnen die Zugangsdaten senden können. [Anmelden können Sie sich direkt hier.](#)
- Angemeldete Teilnehmer_innen erhalten am 9.3. die Zugangsdaten sowie Datenschutzhinweise.
- Gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung Bremen.

Kontakt:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Julius-Leber-Forum, Büro für Bremen,
Hamburg und Schleswig-Holstein
Schauenburgerstr. 49, 20095 Hamburg
Tel: 040 32 58 74 0
Mail: hamburg@fes.de
Web: www.fes.de/julius-leber-forum
facebook: @fes.nord

Bremer Rat für Integration
Carl-Rönning-Str. 2
28195 Bremen
Tel.: 0421 361- 2694
Mail: cacan@drk-bremen.de
Web: <https://bremer-rat-fuer-integration.de/>
facebook: www.facebook.com/BremenBri